

11./I. 1919

161

Der Demonstrationstreif der Telegraphen- und Telephonbediensteten.

Im Staatsamt für Gewerbe, Handel und Industrie wurden heute um 1 Uhr mittags die Verhandlungen zwischen Staatssekretär Dr. Urban, Staatssekretär Berdit und Unterstaatssekretär Glöckel und den Vertretern der in der Union vereinigten Korporationen der technischen Telegraphen- und Telephonbediensteten (Sieben Herren und eine Dame) sowie einem

Vertreter des Metallarbeiterverbandes durchgeführt. Der Demonstrationstreif hatte kurz zuvor infolge des entgegenkommenden Verhaltens des Staatssekretärs Dr. Urban, der den Führern der Streikbewegung eine befriedigende Lösung der Angelegenheit zugesichert hatte, sein Ende gefunden. Das Verbandspräsidium konstatierte, daß die Wiederaufnahme des Betriebes in vollster Ordnung vor sich ging und daß kein einziger Fall von Sabotage sich ereignete. Auch in Graz, Salzburg und Linz wurde der Verkehr kurz vor 12 Uhr ohne Zwischenfall aufgenommen. Innsbruck hatte es abgelehnt, sich anzuschließen.

Staatssekretär Dr. Urban betonte in der Ansprache an die Abordnung der Telegraphen- und Telephonbediensteten, daß der Ausbruch des Streiks ihn überrascht habe, da er von dem ehrlichen Willen bezeugt gewesen sei, den Wünschen des technischen Personals entgegenzukommen. Auch Unterstaatssekretär Glöckel versicherte die Abordnung der wohlwollenden Gesinnungen des Staatsrates. Die Sprecher der Union wiesen darauf hin, daß schon seit Wochen die Telephon- und Telegraphenbediensteten vergebens auf die ihnen zugesicherte Erfüllung einer Reihe von materiellen Forderungen warten. Sie waren gezwungen, in den Streik zu treten, um endlich die Verwirklichung der ihnen gegebenen Versprechungen herbeizuführen.

Staatssekretär Berdit verlangte die nochmalige Bekantgabe der materiellen Forderungen, deren Erfüllung bereits zugesichert sei, und erklärte, daß er bereit sei, sie voll anzuerkennen. Das Präsidium der Union nahm diese Erklärung mit Befriedigung zur Kenntnis und sprach die Bereitwilligkeit aus, diese Forderungen im Laufe des morgigen Tages dem Staatskanzler Dr. Renner zu unterbreiten. Auf die Durchführung dieser Forderungen lege die Gesamtheit der Bediensteten großen Wert.

Bezüglich der vorgeschlagenen Verwaltungsreform wurde prinzipiell die sachliche Berechtigung der Wünsche der Union anerkannt, sowohl was die Loslösung vom Postbetriebe als auch die Bestellung von Nachmännern mit Fachberäten anbelangt. Mit der Zusicherung, daß eine befriedigende Lösung auch auf diesem Gebiete herbeigeführt werden wird, sobald der Zeitpunkt für eine allgemeine Verwaltungsreform gekommen sein werde, gaben sich die Vertreter der Union zufrieden.